

Jahresabschluss und Lagebericht 2005

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Seite

Lagebericht zum Jahresabschluss 2005

I. Betriebs- und Rechtsform der Einrichtung

I.1	Bezeichnung und Standort der Einrichtung	1
I.2	Rechtsform und Krankenhausträger	1
I.3	Krankenhausbetriebsleitung	1

II. Aufgabenstellung, Einzugsgebiet, Krankenhausbedarfsplan

II.1	Aufgabenstellung	2
II.2	Versorgungs- und Einzugsgebiet	2
II.3	Krankenhausbedarfsplan	2

III. Kennzahlen zum abgelaufenen Geschäftsjahr

III.1	Strukturdaten	
III.1.1	Behandlungsbereiche	3
III.1.2	Ambulanzen	4
III.1.3	Weitere Einrichtungen	4
III.2	Mengendaten	4
III.2.1	Berechnungstage und Auslastung	4
III.2.2	Fallzahlen und Verweildauer der KHG-Fachabteilungen	5
III.2.3	Ambulanzen	5
III.3	Pflegesätze und Budgetentwicklung	6

IV. Vermögens- und Finanzlage

V. Wirtschaftliche Situation im abgelaufenen Geschäftsjahr

V.1	Ertrags- und Aufwandsentwicklung, Investitionsergebnis	11
V.1.1	Ertragsentwicklung	11
V.1.2	Aufwandsentwicklung	
	a) Personalbestand und -aufwand	12
	b) Sachkosten	13
V.1.3	Investitionsergebnis	13
V.2	Ergebnis	14

VI. Sonstige Angaben zur Lage der Klinik

VI.1	Vorgänge von besonderer Bedeutung	15
VI.2	Risiken der zukünftigen Entwicklung	15
VI.3	Voraussichtliche Entwicklung	16

Abkürzungen

Bilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Anlagennachweis
Anhang zum Jahresabschluss 2005

Anlage 1
Anlage 2
Anlage 3
Anlage 4

L a g e b e r i c h t

I. Betriebs- und Rechtsform der Einrichtung

I.1 Bezeichnung und Standort der Einrichtung

Rheinische Kliniken Langenfeld
Kölner Str. 82
40764 Langenfeld

I.2 Rechtsform und Krankenhausträger

Die vom Landschaftsverband Rheinland getragenen Krankenhäuser werden nach §§ 15 ff KHG NRW in Verbindung mit der Gemeindekrankenhausbetriebsverordnung, der Eigenbetriebsverordnung, der Landschaftsverbandsordnung und der Betriebssatzung als organisatorisch und wirtschaftlich eigenständige Einrichtung, wie ein Eigenbetrieb im Sondervermögen des Landschaftsverbandes Rheinland geführt.

Landschaftsverband Rheinland
Kennedy-Ufer 2
50679 Köln

I.3 Krankenhausbetriebsleitung

Ärztlicher Direktor:
Kommissarischer Ärztlicher Direktor:
Pflegedirektor:
Kaufmännischer Direktor:

Dr. Matthias Leipert (bis 31.08.2005)
Hartmut Belitz (ab 01.09.2005)
Rudolf Styrnal
Holger Höhmann

II. Aufgabenstellung, Einzugsgebiet, Krankenhausbedarfsplan

II.1 Aufgabenstellung

Die Rheinischen Kliniken Langenfeld haben als Fachkrankenhaus die Aufgabe,

1. durch ärztliche, pflegerische und medizinisch-rehabilitative Hilfeleistungen, die sie durch stationäre, teilstationäre, vor- und nachstationäre und ambulante Behandlung erbringen, Krankheiten zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern;
2. mit dem Krankenhaus notwendige Ausbildungseinrichtungen zu betreiben;
3. im Rahmen der ihnen erteilten Anerkennung die Aufgaben ärztlicher Weiterbildungsstätten wahrzunehmen;
4. Maßregeln der Besserung und Sicherung nach Maßregelvollzugsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen und sonstige strafgerichtlich angeordnete Unterbringung und Behandlung zu vollziehen.

Die Rheinischen Kliniken Langenfeld können in wirtschaftlich und fachlich eigenständigen Betriebsbereichen

1. Aufgaben der medizinischen und sozialen Rehabilitation nach den geltenden leistungsrechtlichen Vorschriften;
2. Aufgaben der Pflege nach dem PflegeVG und dem BSHG

wahrnehmen.

II.2 Versorgungs- und Einzugsgebiet

Das Einzugsgebiet der Klinik umfasst folgende Städte und Gemeinden:

- Stadt Solingen
- Kreis Mettmann, die Gemeinden: Haan, Hilden, Langenfeld, Mettmann, Monheim, Erkrath
- Stadt Leverkusen
- Rhein. Berg. Kreis, die Gemeinden: Burscheid, Leichlingen
- Stadt Köln, die Stadtbezirke: Köln-Chorweiler, Köln-Nippes (nur Gerontopsychiatrie)

II.3 Krankenhausbedarfsplan

Die Rheinischen Kliniken Langenfeld sind in den Krankenhausbedarfsplan des Landes Nordrhein-Westfalen vom 24.10.1979 unter Nr. 1580167 aufgenommen worden. Nach dem Bescheid der Bezirksregierung Düsseldorf vom 20.02.2003 betrug die Bettenzahl am 01.01.2003 605 Betten, davon sind 463 Betten nach KHG förderungsfähig.

III. Kennzahlen zum abgelaufenen Geschäftsjahr

Kennzahlen und Eckdaten im Überblick

		2005	2004	2003
Leistungsentwicklung				
Planbetten/Ist		615	615	605
Berechnungstage	Tage	221.003	216.299	206.137
Fallzahl (KHG)				
- BPfIV-Bereich		5.581,5	5.471,5	5.036,0
Verweildauer (KHG)	Tage	39,60	39,53	40,94
Kennzahlen zur Ertragslage				
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	TEUR	15,5	13,8	10,7
Umsatzerlöse	TEUR	43.102,0	41.634,5	40.139,5
Umsatzentwicklung	%	3,52	3,72	0,42
Personalaufwand	TEUR	36.626,7	35.297,6	34.978,9
Personalaufwandsentwicklung ggü. Vj.	%	3,77	0,91	0,89
Personalaufwandsquote	%	73,95	74,25	75,33
Kennzahlen zur Vermögenslage				
Eigenkapitalquote	%	4,74	5,02	3,99
Kennzahlen zur Finanzlage				
Kapitalbindung Leistungsforderungen	Tage	97	92	136
Kapitalbindung Leistungsforderungen (ohne Forensik)	Tage	63	72	85

III.1 Strukturdaten

III.1.1 Behandlungsbereiche

Gemäß § 4 der Betriebssatzung ist die Klinik in Abteilungen gegliedert. Die Klinik verfügt über folgende Fachbereiche und Abteilungen:

Fachbereiche	Betten		
	2005	2004	+/-
Allgemeine Psychiatrie	409	409	0
KHG-vollstationär gesamt	409	409	0
Tagesklinik Allgemeine Psychiatrie	54	54	0
KHG-teilstationär gesamt	54	54	0
KHG gesamt	463	463	0
Forensik	88	88	0
Soziale Rehabilitation	6	6	0
Pflege	42	42	0
Sucht-Entwöhnung	16	16	0
Klinik gesamt	615	615	0

Die im Krankenhausbedarfsplan ausgewiesenen Betten enthalten noch nicht die

Bettenerhöhung (+ 10) durch die Eröffnung von Haus Monheim und die Einrichtung von zwei Kurzzeitplätzen im Bereich der Pflege im Jahr 2004.

III.1.2 Ambulanzen

Die Klinik unterhält folgende Institutsambulanzen:

- Ambulanz für allgemeine Psychiatrie und Psychotherapie
- Ambulanz als Fachambulanz für Suchtkrankheiten
- Ambulanz als Fachambulanz für Gerontopsychiatrie und Neurologie
- Ambulanz als Fachambulanz für die Nachsorge gem. § 1 Abs. 3 MRVG NRW

III.1.3 Weitere Einrichtungen

- Krankenpflegeschule mit 75 Plätzen (Krankenpflege)
- Krankenhausapotheke
- die zahnärztliche, gynäkologische, chirurgische, hautärztliche, augenärztliche, röntgenologische Versorgung sowie Versorgung durch einen Facharzt für Hals-Nasen-Ohren-Krankheiten wird insgesamt durch niedergelassene Fachärzte, die regelmäßig konsiliarisch in der Klinik tätig sind, gewährleistet. Die erforderlichen Räumlichkeiten und Einrichtungen stellt die Klinik zur Verfügung, sofern diese nicht in den Praxen der jeweiligen Ärzte stattfinden.

III.2 Mengendaten

	2005	2004	+/-	+/- %
Auslastung in %	101,23	98,82	2,41	2,44
Verweildauer in Tagen	39,60	39,53	0,07	0,18
Fallzahl	5.582	5.472	110	2,01
Berechnungstage	221.003	216.299	4.704	2,17

III.2.1 Berechnungstage und Auslastung

Fachbereiche	Berechnungstage			Auslastung in %		
	2005	2004	+/-	2005	2004	+/-
Allgemeine Psychiatrie	140.759	140.219	540	94,29	93,67	0,62
KHG-vollstationär gesamt	140.759	140.219	540	94,29	93,67	0,62
TK Allgemeine Psychiatrie*	13.111	13.745	-634	96,73	101,41	-4,68
KHG-teilstationär gesamt	13.111	13.745	-634	96,73	101,41	-4,68
KHG gesamt	153.870	153.964	-94	94,49	94,31	0,18
Forensik**	56.795	56.829	-34	176,82	176,44	0,38
Soziale Rehabilitation	1.460	1.195	265	66,67	54,42	12,25
Pflege	16.183	16.007	176	105,56	104,13	1,43
Sucht-Entwöhnung	4.869	5.842	-973	83,37	99,76	-16,39
Klinik gesamt	221.003	216.299	4.704	101,23	98,82	2,41

* bei 251 möglichen Tagen pro Jahr

** Forensische Patienten, die im KHG-Bereich behandelt und aus dem Forensikbudget finanziert werden, sind hier statistisch aus abrechnungstechnischen Gründen sowohl in der Forensik als auch im KHG-Bereich enthalten. Die Summe der Berechnungstage der einzelnen Bereiche liegt deshalb um 12.174 (Vj. 17.538) Berechnungstage über den berechneten Tagen der gesamten Klinik

Eine hohe Auslastung führte in fast allen Bereichen zu einem Anstieg der Berechnungstage. Nur im Bereich der Sucht-Entwöhnung kam es zu einem starken Einbruch der Nachfrage. In der Forensik kam es zu keiner wesentlichen Veränderung, hier wirkt sich die geänderte Abrechnung der in allen Bereichen verstreut behandelten Patienten aus, die gem. § 4 der Finanzierungsverordnung zum MRVG direkt abgerechnet werden.

III.2.2 Fallzahlen und Verweildauer der KHG-Fachabteilungen

Fachbereiche	Fallzahl			Verweildauer		
	2005	2004	+/-	2005	2004	+/-
Allgemeine Psychiatrie	5.118	5.008	111	27,50	28,00	-0,50
KHG-vollstationär gesamt	5.118	5.008	111	27,50	28,00	-0,50
TK Allgemeine Psychiatrie	371	356	15	35,34	38,61	-3,27
KHG-teilstationär gesamt	371	356	15	35,34	38,61	-3,27
KHG gesamt	5.489	5.364	126	28,03	28,71	-0,68

Die Reduzierung der Verweildauer, bei gleichzeitiger Fallzahlensteigerung hat sich auch in 2005, wenn auch in abgeschwächter Form, fortgesetzt und entspricht dem allgemeinen Trend.

III.2.3 Ambulanzen

	Fallzahlen		
	2005	2004	+/-
Ambulanz Fachbereich Allgemeine Psychiatrie	5.057	4.427	630
Ambulanz Fachbereich Suchtkrankheiten	1.640	1.492	148
Ambulanz Fachbereich Gerontopsychiatrie	2.441	2.220	221
Ambulanz Fachbereich Forensik*	23	20	3
Ambulanzen gesamt	9.161	8.159	1.002

Der Anstieg der Fallzahlen in der Allgemeinen Psychiatrie beinhaltet auch das zusätzliche Angebot der Versorgung von Migrantinnen und Migranten (Migrantenambulanz) mit einem Anstieg um 561 Fälle auf 932.

Neben der Gerontopsychiatrischen Ambulanz konnte in 2005 auch die Suchtambulanz eine gestiegene Inanspruchnahme verzeichnen.

* Nachsorge für aus dem Maßregelvollzug entlassene Patienten/innen (Anzahl)

III.3 Pflegesätze und Budgetentwicklung

Die Rheinischen Kliniken Langenfeld finanzieren sich im Wesentlichen aus der Abrechnung von Pflegesätzen mit den verschiedenen Kostenträgern. Die Entwicklung der Pflegesätze im Geschäftsjahr wird nachfolgend dargestellt.

KHG

Es wurden folgende **KHG-Pflegesätze** ohne Ausgleiche und Zuschläge vereinbart:*

Fachabteilung	2005 EUR/BT	2004 EUR/BT
Abteilungspflegesätze Vollstationär		
Allgemeine Psychiatrie	128,20	132,37
Abteilungspflegesätze Teilstationär		
Allgemeine Psychiatrie	83,24	78,90
Basispflegesatz	49,88	50,11

* Die oben genannten Pflegesätze gelten jeweils zum 31.12. eines Jahres.

Zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen im Kreis Mettmann wurde für 2005 für den KHG-Bereich bei 140.034 vollstationären und 13.500 teilstationären Berechnungstagen (Vj. 140.534 vollstationäre und 13.000 teilstationäre Berechnungstage) ein Budget nach § 12 Abs. 1 BPfIV i. H. v. EUR 26.917.531,00 (Vj. EUR 27.600.113,00) - einschließlich der Ausgleichsbeträge für Vorjahre und Berichtigungen - vereinbart. Erstmals wurde das Ausbildungsbudget gesondert vereinbart und aus dem KHG-Budget ausgegliedert, wodurch es zu einer Absenkung der Pflegesätze kam.

Als Ausbildungsbudget gem. § 17a Abs. 4 KHG wurden EUR 1.009.267,00 mit einem durchschnittlichen Jahreszuschlag von EUR 192,53 je Fall vereinbart.

Im teilstationären Bereich wurden zusätzliche Fahrtkosten für die Gerontopsychiatrische Tagesklinik ins Budget (unterjähriger Ansatz mit Wirkung ab 01.07.2005) eingebracht, dies führte zu einem deutlich gestiegenen Pflegesatz.

Für die **sonstigen Bereiche** wurden folgende Pflegesätze abgerechnet:*

Abteilung	Kostenträger	2005 EUR/BT	2004 EUR/BT
Forensik	Land		
Tagespauschale MFJFG		244,20	244,90
Tagespauschale JUMI		244,20	244,90
Reha-/Langzeit-Bereich	LVR		
Grundpauschale		35,96	35,96
Maßnahmenpauschale **		87,30	87,30
Investitionskosten		8,72	8,72
Pflegebereich	Pflegekassen		
Unterkunft und Verpflegung		28,60	28,60
Pflegestufe 0		71,94	71,94
Pflegestufe 1		75,73	75,73
Pflegestufe 2		79,52	79,52
Pflegestufe 3		83,30	83,30
Investitionskosten		8,22	8,64
Sucht-Entwöhnung	Rhein. Arbeitsgemeinschaft		
vollstationär		100,58	100,58
teilstationär		72,59	72,59

* Die oben genannten Pflegesätze gelten jeweils zum 31.12. eines Jahres.

** Die Maßnahmenpauschale ist ein Durchschnittswert verschiedener Leistungstypen gem. § 93 BSHG.

Des Weiteren wurden folgende Beträge abgerechnet:

Pflegesätze Ambulanzen	2005 EUR/BT	2004 EUR/BT
Ambulanzpauschale	168,40	168,40
Nachsorge gem. § 1 Abs. 3 MRVG NRW *	10,00	10,00

* je Betreuungstag ab Entlassdatum

IV. Vermögens- und Finanzlage

Kurzbilanz	2005		2004		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	19.577,9	46,0%	17.626,4	50,7%	1.951,5	11,1%
Forderungen aus L.u.L.	11.186,0	26,3%	10.001,4	28,8%	1.184,6	11,8%
liquide Mittel	194,7	0,5%	95,0	0,3%	99,7	104,9%
sonst. Umlaufvermögen/RAP	11.559,3	27,2%	7.051,7	20,3%	4.507,6	63,9%
Betriebsvermögen	42.517,9	100,0%	34.774,5	100,0%	7.743,5	22,3%
Eigenkapital	2.016,5	4,7%	1.744,9	5,0%	271,6	15,6%
Sonderposten	18.910,6	44,5%	17.175,2	49,4%	1.735,5	10,1%
Rückstellungen	7.732,0	18,2%	8.551,5	24,6%	-819,5	-9,6%
Verbindlichkeiten/RAP	13.858,9	32,6%	7.302,9	21,0%	6.555,9	89,8%
Betriebskapital	42.517,9	100,0%	34.774,5	100,0%	7.743,5	22,3%

Anlagevermögen

Der Bestand der Betriebsgrundstücke veränderte sich aufgrund der Beschlüsse des Landschaftsausschusses vom 11.03.2005, Vorlage-Nr. 12/110 und vom 30.09.2005, Vorlage-Nr. 12/598.

Das Grundstück in Langenfeld, Kölner Straße 82, Haus 50, ca. 3.430 qm groß, wird aus dem Sondervermögen des Rheinischen Heilpädagogischen Heimes Langenfeld herausgenommen und dem Sondervermögen der Rheinischen Kliniken Langenfeld zugeführt.

Das Grundstück in Solingen, Frankenstraße 31a, Gemarkung Wald, Flur 59, Flurstück 18, 2.009 qm groß, wird aus dem allgemeinen Grundvermögen des Landschaftsverbandes Rheinland herausgenommen und dem Sondervermögen der Rheinischen Kliniken Langenfeld zugewiesen.

Die Grundstücksfläche der Betriebsgrundstücke beträgt nach den Zugängen und einer neuen Vermessung insgesamt 329.473 qm.

Die technischen Anlagen stiegen aufgrund der Installation von Tafelwasseranlagen auf den Stationen, einer Entrauchungsanlage in Haus 53, einer Späneabsauganlage in der Schreinerei sowie eines Aufzuges im Gutshof um TEUR 277 auf EUR 639.272,70.

Investive Projekte

Folgende Projekte befinden sich derzeit im Bau:

- Umbau Haus 53, Station 13 und 15 mit Anbau, Projekt Nr. 921
- Errichtung eines Gerontopsychiatrischen Zentrums in Solingen

Als Bauvorhaben in Planung existieren:

- Beseitigung von brandschutztechnischen Mängeln in Haus 59, Projekt Nr. 922
- Erneuerung des Schließsystems in den forensischen Bereichen, Projekt Nr. 1.080

Fertig gestellt wurde das Projekt:

- Herrichtung des Gutshofes für die Arbeitstherapie sowie die Regiebetriebe

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der höheren Forderung an das Land NRW aus dem Maßregelvollzug (TEUR + 1.554), während die Forderungen wegen fehlender Kostenzusagen deutlich gesunken sind (TEUR - 537).

Umlaufvermögen/RAP

Das im Vergleich zum Vorjahr angestiegene Umlaufvermögen ergibt sich aus dem Zuwachs bei den sonstigen Vermögensgegenständen (TEUR + 6.819, insbesondere durch einen Bewilligungsbescheid der mit Mitteln des Maßregelvollzugs finanzierten Baumaßnahme), sowie einer Verminderung der Forderungen an den Krankenhausträger (TEUR - 1.981 durch Abwicklung von mit Trägermitteln finanzierten Baumaßnahmen) und nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (TEUR - 358).

In der Bilanz wurden aufgrund von Änderungen in der Zuordnung zu Bilanzpositionen die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst (siehe dazu ausführliche Erläuterungen im Anhang).

Eigenkapital

	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
Festgesetztes Kapital	1.357.063,80	1.100.922,42
Gewinnrücklagen		
c) freie Gewinnrücklage	227.793,72	227.793,72
Gewinnvortrag	416.183,33	402.372,52
Jahresüberschuss	15.451,97	13.810,81
Eigenkapital	2.016.492,82	1.744.899,47

Das Eigenkapital hat sich bei einem Jahresüberschuss 2005 i. H. v. EUR 15.451,97 sowie der Veränderung des Sondervermögens auf EUR 2.016.492,82 erhöht.

Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens

Die Sonderposten betragen zum 31.12.2005 insgesamt EUR 18.910.635,67 (Vorjahr TEUR 17.175), davon entfallen auf die „Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand“ Beträge i. H. v. EUR 14.515.700,25 (Vj. TEUR 12.885). Davon entfallen auf den Landschaftsverband Rheinland EUR 7.627.857,14 (Vj. TEUR 5.922) und auf sonstige öffentliche Zuschussgeber EUR 6.887.843,11 (Vj. TEUR 6.963).

Rückstellungen

Rückstellungen	Vortrag zum 01.01.2005 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	Stand am 31.12.2005 EUR
Pensionen	223.900,00	0,00	0,00	29.063,00	252.963,00
sonstige	8.327.579,71	3.274.494,49	316.171,63	2.742.084,62	7.478.998,21
Gesamt	8.551.479,71	3.274.494,49	316.171,63	2.771.147,62	7.731.961,21

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Unterlassene Instandhaltungen, Altersteilzeit, Urlaubsrückstellungen, Kosten des Jahresabschlusses, ausstehende Rechnungen, Jubiläumszuwendungen und Sonstige Personalkosten (Überstunden, Beihilfe, etc.). Die Auflösung betreffen im Wesentlichen Instandhaltungsrückstellungen.

Verbindlichkeiten/RAP

Der erhebliche Anstieg der Verbindlichkeiten resultiert überwiegend aus der Erhöhung der Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens (Mittelzuwendung des Landes für Baumaßnahmen des Maßregelvollzugs TEUR + 6.575 und des LVR für Baumaßnahmen TEUR - 119) sowie gestiegenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger (TEUR + 42, im Wesentlichen durch einen Anstieg der Betriebsmittelverbindlichkeiten).

In der Bilanz wurden aufgrund von Änderungen in der Zuordnung zu Bilanzpositionen die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst (siehe dazu ausführliche Erläuterungen im Anhang).

V. Wirtschaftliche Situation im abgelaufenen Geschäftsjahr

V.1 Ertrags- und Aufwandsentwicklung, Investitionsergebnis

	2005 in TEUR	2004 in TEUR	+/- abs.	+/- in %
Erlöse aus Krankenhausleistungen	43.102,0	41.634,5	1.467,5	3,5%
Zuweisungen und Zuschüsse	785,3	599,3	186,0	31,0%
Übrige Erträge	5.657,4	5.319,1	338,3	6,4%
Gesamtertrag	49.544,7	47.552,9	1.991,7	4,2%
Personalkosten	36.626,7	35.297,6	1.329,2	3,8%
Medizinischer Bedarf	4.313,2	3.773,3	539,9	14,3%
Instandhaltung	2.422,0	2.900,4	-478,4	-16,5%
Übrige Aufwendungen	6.167,3	5.567,9	599,4	10,8%
Gesamtaufwand	49.529,2	47.539,2	1.990,1	4,2%
Betriebsergebnis	15,5	13,8	1,7	12,1%
Investitionsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0%
Jahresüberschuss	15,5	13,8	1,6	11,9%

V.1.1 Ertragsentwicklung

	2005 in TEUR	2004 in TEUR	+/- abs.	+/- in %
Erlöse aus dem KHG-Bereich	25.526,0	24.198,2	1.327,8	5,5%
Erlöse aus der Forensik	13.564,1	13.552,3	11,8	0,1%
Erlöse aus dem Reha-Bereich	197,1	157,6	39,5	25,1%
Erlöse aus dem Pflege-Bereich	1.845,0	1.832,4	12,6	0,7%
Erlöse aus dem Sucht-Bereich	459,9	550,9	-91,1	-16,5%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	1.473,2	1.309,0	164,3	12,5%
Nutzungsentgelte der Ärzte	36,8	34,2	2,6	7,6%
Erlöse aus Krankenhausleistungen	43.102,0	41.634,5	1.467,5	3,5%

Aufgrund der guten Auslastung in den wesentlichen Bereichen stiegen die **Erlöse aus Krankenhausleistungen** gegenüber dem Vorjahr an. Hier wirkten sich insbesondere die Mehrerlöse im KHG-Bereich aus. Auch konnten die ambulanten Aktivitäten gegenüber dem Vorjahr (u. a. durch die Versorgung von Migrantinnen und Migranten) gesteigert werden, während sich wegen der geringen Belegung die Einnahmen aus der Sucht-Entwöhnung deutlich verringerten.

Bei den **Zuweisungen und Zuschüssen** der öffentlichen Hand handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen für das Versorgungsmodell Familienpflege, Pensionslasten und Erstattungen des Arbeitsamtes für Altersteilzeit.

Die **übrigen Erträge** erhöhten sich aufgrund gestiegener Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben (TEUR + 49) und anderer Erstattungen und Erträge (TEUR + 121, im

Wesentlichen durch Abrechnung von Nebenleistungen für nach dem MRVG untergebrachter Patienten). Dem stehen gesunkene Erstattungen des Rheinischen Heilpädagogischen Heimes Langenfeld für Serviceleistungen (TEUR - 18) sowie für Rückvergütungen, Vergütungen des Personals (TEUR - 21) gegenüber.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden aufgrund von Änderungen in der Zuordnung zu einzelnen Positionen die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst (siehe dazu ausführliche Erläuterungen im Anhang).

In den sonstigen Erlösen sind periodenfremde Erträge in Höhe von EUR 170.349,06 enthalten.

V.1.2 Aufwandsentwicklung

a) Personalbestand und -aufwand

Der Personalbestand und -aufwand entwickelte sich wie folgt:

Personal	2005		2004		±/- ggü. Vorjahr	
	EUR	VK	EUR	VK	EUR	VK
Ärztlicher Dienst	4.793.269	62,2	4.606.568	59,5	186.701	2,7
Pflegedienst	19.022.045	380,2	18.479.717	378,6	542.328	1,6
Med.-techn. Dienst	3.163.994	57,9	3.076.247	60,8	87.747	-2,9
Funktionsdienst	2.287.354	45,6	2.208.817	45,8	78.537	-0,2
Klinisches Hauspersonal	277.997	9,5	266.779	10,5	11.217	-1,1
Wirtschafts-/Versorgungsdienst	1.490.736	40,5	1.402.473	40,3	88.263	0,2
Technischer Dienst	982.895	20,1	842.156	19,8	140.739	0,2
Verwaltungsdienst	2.447.059	47,1	2.306.913	47,2	140.146	-0,1
Sonderdienst	124.301	2,3	152.620	2,4	-28.319	-0,2
Sonstiges Personal	190.557	2,8	222.377	5,5	-31.820	-2,8
Ausbildungsstätten	196.419	3,8	203.456	4,0	-7.036	-0,2
Nicht aufteilbarer Aufwand	1.650.124		1.529.449		120.676	
Gesamt	36.626.749	671,8	35.297.571	674,4	1.329.178	-2,6

Die Anzahl der Vollkräfte nahm gegenüber dem Jahr 2004 um weitere 2,6 ab und spiegelt damit die nur geringen Steigerungsraten in den Budgets wieder, die bei gleichzeitiger Tarifsteigerung zur Mengenreduzierung führten. Dabei gelang es, die Personalreduzierungen im Wesentlichen in patientenfernen Diensten zu realisieren, während der ärztliche Dienst (Anpassungen an gestiegene Inanspruchnahme insbesondere in der Ambulanz und Migrantenambulanz sowie Ersatz für erweiterte Aufgabenfelder) und Pflegedienst den Anforderungen entsprechend angepasst und erhöht wurden.

Der Personalaufwand gliedert sich wie folgt:

	2005 EUR	2004 EUR	+/- in %
Löhne und Gehälter	27.973.153,87	27.082.660,84	3,29%
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
- Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	5.572.542,14	5.559.663,42	0,23%
- Pensionszahlungen	977.530,60	976.916,80	0,06%
- sonstige Personalaufwendungen	2.103.522,04	1.678.329,54	25,33%
	8.653.594,78	8.214.909,76	5,34%
Gesamtpersonalaufwand	36.626.748,65	35.297.570,60	3,77%

Im Rahmen der Pflichtzuführung des Landschaftsverbandes Rheinland zur Versorgungsrücklage wurde gem. §§ 1 Abs. 1 und 5 Abs. 1 Versorgungsfondsgesetz (EFoG) von den Rheinischen Kliniken Langenfeld im Wirtschaftsjahr 2005 EUR 14.520,11 an die Rheinische Zusatzversorgungskasse abgeführt. Die Beträge werden im Personalaufwand ausgewiesen. Seit 1999 wurden somit insgesamt EUR 59.612,70 an die Rheinische Zusatzversorgungskasse als gesetzliche Treuhänderin des Versorgungsfonds überwiesen.

b) Sachkosten

Die Steigerung beim medizinischen Bedarf beruht auf höheren Arzneimittelausgaben (TEUR + 81, davon für Fremdadnehmer TEUR + 54 - siehe auch gestiegene Erlöse - und gestiegenen sonstigen medizinischen Bedarf TEUR + 20) sowie einem Anstieg bei den Personaluntersuchungen (TEUR + 33 auf TEUR 57 wegen Fremdvergabe), gestiegenen Krankentransportkosten (TEUR + 52, Übernahme von Taxikosten für Patienten der gerontopsychiatrischen Tagesklinik gem. Budgetvereinbarung) und Mehrausgaben im Bereich der Forensik für interkurrente Behandlungen und externe Unterkunft beurlaubter Patienten (TEUR + 323).

Die betrieblich unerlässliche Instandhaltung ist gegenüber dem Vorjahr trotz des weiterhin hohen Bedarfs gesunken, da einige Maßnahmen über Rückstellungen abgewickelt wurden.

In den übrigen Aufwendungen konnten die Steigerungen bei den Kosten für zentrale Dienstleistungen (TEUR + 83), Verwaltungsbedarf (TEUR + 58), Wasser, Energie, Brennstoffe (TEUR + 153) und Fremdreinigung (TEUR + 19) durch Einsparungen bei Lebensmitteln (TEUR - 71) und sonstigem Wirtschaftsbedarf (TEUR - 43) abgemildert werden. Negativ machten sich die Aufwendungen des 1% Abzug der Krankenkassen für die Anschubfinanzierung der Integrierten Versorgung bemerkbar (TEUR + 106) sowie ein Anstieg der Abschreibungen auf Forderungen (TEUR + 50) und von Einzelwerberichtung (TEUR + 118 davon TEUR + 93 für Selbstzahler).

In den sonstigen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von EUR 109.414,41 enthalten.

V.1.3 Investitionsergebnis

Das **Investitionsergebnis** ist ausgeglichen. Die investiven Tätigkeiten der Rheinischen Kliniken Langenfeld sind durch öffentliche Förderung (z.B. KHG-Fördermittel), Trägermittel und andere Drittmittel finanziert.

V.2 Ergebnis

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen konnte mit EUR 15.451,97 wieder ein positives Jahresergebnis erzielt werden, das auf dem Niveau des Vorjahres liegt.

Die Verluste in den Bereichen Sucht-Entwöhnung (TEUR - 95, im Wesentlichen aufgrund der geringen Belegung und des unveränderten Pflegesatzes), Ambulanz (TEUR - 10) und im Sonstigen Bereich (TEUR - 50, insbesondere durch die nicht auskömmliche teilstationäre Arbeitstherapie TEUR - 47) konnten durch einen entsprechenden Überschuss im KHG-Bereich (TEUR + 169) ausgeglichen werden. Der Bereich Forensik blieb leicht positiv (TEUR + 1), die Bereiche Pflegeheim und Reha sind ausgeglichen.

VI. Sonstige Angaben zur Lage der Klinik

VI.1 Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres sind nicht zu verzeichnen.

VI.2 Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) verpflichtet prüfungspflichtige Unternehmen auch auf Risiken zur künftigen Geschäftsentwicklung einzugehen und ein Risikomanagement einzuführen. Zur Umsetzung dieser Verpflichtung hat eine klinikübergreifende Arbeitsgruppe einen Leitfaden „Risikomanagement in den Rheinischen Kliniken“ erarbeitet.

Die Rheinischen Kliniken Langenfeld werden mit Hilfe des Leitfadens ein Risikomanagementsystem einführen und eine Risikomappe erstellen. Darin werden potentielle Risiken herausgearbeitet, priorisiert und für gefährdende Risiken Risikopaten benannt.

Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht. Als wesentliche Risiken für die weitere Geschäftsentwicklung sieht die Betriebsleitung:

- Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurden Zahlungen an die Rheinische Zusatzversorgungskasse geleistet. Die RZVK erhob darüber hinaus ab dem 01.01.2003 ein Sanierungsgeld. Dieses betrug in 2005 2,5 % (+ 1,5 %) auf das ZVK-pflichtige Entgelt und war allein vom Arbeitgeber zu tragen. Über die weitere Ausgestaltung der Finanzierung ab dem Jahr 2006 kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden. Die Betriebsleitung weist darauf hin, dass es für diese steigende Last keine Refinanzierungsmöglichkeit über die Pflegesätze gibt.
- Der weitere Forderungsausfall durch die Eingrenzung der Kriterien für die Krankenhausbehandlungsbedürftigkeit durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen. Erkennbar ist dies durch den weiter anhaltenden hohen Einzelwertberichtigungsbedarf. Dies wird sich in der Zukunft voraussichtlich zunehmend verschärfen.
- In Erlösausfällen aufgrund der stark reduzierten Finanzierung im Maßregelvollzug. Die vereinbarten Budgets müssen in jeden Fall eingehalten werden. Strukturelle Veränderungen in der forensischen Abteilung sind dabei die unausweichliche Folge.
- Die weitere Umsetzung des Tarifvertrages zu Regelungen der Altersteilzeit gem. § 2 Abs. 1 TV ATZ. Danach haben alle Arbeitnehmer bzw. -innen der Rheinischen Kliniken Langenfeld ab dem 60. Lebensjahr einen Rechtsanspruch, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Eine Schätzung der zukünftigen Inanspruchnahme ist zur Zeit nur schwerlich möglich.

- Die weitere Unterfinanzierung des Instandhaltungsbedarfs. Die in der Rheinischen Kliniken Langenfeld anzutreffende alte Bausubstanz erfordert erhebliche finanzielle Mittel, die z. Zt. nicht im Budget enthalten sind.
- Durch die gesetzliche Reglementierung ist auch im Jahr 2006 der Budgetanstieg gering und somit die Aussicht, dass trotz weiter steigender Personalkosten keine Erstattung durchgeführt werden wird. Damit ergibt sich eine deutliche Unterfinanzierung der Personalkosten bei weiterer Absenkungen des Deckungsgrades nach PsychPV.

VI.3 Voraussichtliche Entwicklung

Im Berichtsjahr wurden im Krankenhausbereich weitere tief greifende Veränderungen bei der Finanzierung geplant und in 2006 umgesetzt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser verschlechtern sich weiter. Dies gilt für Fachkliniken der Psychiatrie im besonderen Maße. Dadurch sind die Personalkosten (so genannte „BAT-Schere“) unterfinanziert. Die Folge muss zwangsläufig eine Reduzierung der Vollkräfte sein. Dabei dennoch - auch im Rahmen der Qualitätsbemühungen der Klinik - eine niveauvolle Versorgung der psychisch Kranken sicherzustellen, ist eine Aufgabe, die damit weiter erschwert wird. Es gelang allerdings den Personalbestand im ärztlichen und pflegerischen Bereich über dem Vorjahresniveau zu halten.

Schon in den vergangenen Jahren konnte der notwendige Instandsetzungsbedarf in den Rheinischen Kliniken Langenfeld nur durch erhebliche Zuschüsse des Trägers sichergestellt werden. Dabei legte die Krankenhausbetriebsleitung in erster Linie Wert auf die Verbesserung des Unterbringungsstandards und Brandschutzes. Ersatzinvestitionen waren weiterhin schwierig, weil hier die Fachkliniken der Psychiatrie vom Gesetzgeber deutlich schlechter gestellt sind als somatische Krankenhäuser.

Durch die interne Budgetierung sind die bettenführenden Abteilungen gezwungen, bei Verschlechterung der Einnahmesituation die Ausgabesituation dem anzupassen. Die Betriebsleitung achtet intensiv darauf, dass die Wiederbesetzung freiwerdender Stellen nur im Rahmen dieser Budgets erfolgt.

Die Arbeiten am Krankenhausinformationssystem schritten zügig weiter voran. Die Kooperation unter den Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland und mit anderen Einrichtungen des Trägers wurde in Projekten, in denen sich die Rheinischen Kliniken Langenfeld maßgeblich engagierten, ebenfalls zur Erreichung wirtschaftlicher Nutzen weiter vorangetrieben.

Um die psychiatrische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich weiter zu verbessern, hat die Betriebsleitung der Rheinischen Kliniken Langenfeld im Einvernehmen mit dem Träger für die Zukunft mehrere Projekte ins Auge gefasst:

- Errichtung eines Gerontopsychiatrischen Zentrums in Solingen auf dem Gelände am dortigen städtischen Klinikum. Die Mittel für diese Maßnahme wurden im Dezember 2003 bewilligt. Durch den Krankenhausträger wurde die von ihm zu leistende Verwendung (Ankauf des Grundstücks mit dem darauf stehenden Gebäude) inzwischen abgeschlossen, der Baubeginn steht kurz bevor.
- Verlagerung der Tagesklinik für den südlichen Kreis Mettmann von Langenfeld nach Hilden (inzwischen umgesetzt). Hier wird die Tagesklinik für die Menschen im Einzugsbereich deutlich besser erreichbar. Die Kooperation mit dem St. Josef-

Krankenhaus in Hilden stellt eine umfassende medizinische Versorgung für Patientinnen und Patienten sicher.


- Verstärkung der ambulanten Tätigkeit durch die zukünftige Verlagerung dieser Teilambulanzen an die Standorte der Tageskliniken.
- Innerhalb des Qualitätsmanagement werden Projekte vorangetrieben um klinikintern die Rezertifizierung nach KTQ im Jahr 2006 vorzubereiten.
- Im Rahmen der seit 2004 geltenden gesetzlichen Regelungen für Modelle der „Integrierten Versorgung“ sind bereits Planungen angelaufen, wie solche Modelle im Einzugsbereich der Klinik verwirklicht werden können. Dabei ist eine enger verzahnte Kooperation mit anderen Leistungserbringern notwendig. Bisher konnten jedoch noch keine psychiatriespezifischen Projekte mit den Krankenkassen vereinbart werden.


Die Rheinischen Kliniken Langenfeld werden zukünftig ihre Angebote verstärkt in die Regionen bringen und damit eine Entwicklung weg von vollstationärer Versorgung hin zu teilstationärer und ambulanter Behandlung nehmen.

Langenfeld, 30. April 2006

Die Krankenhausbetriebsleitung


(Hartmut Belitz)
Kommissarischer
Ärztlicher Direktor


(Rudolf Stymal)
Pflegedirektor


(Holger Höhmann)
Kaufmännischer Direktor

ABKÜRZUNGEN

Abt.	Abteilung
AfA	Absetzung für Abnutzung
AP	Allgemeine Psychiatrie
ATZ	Altersteilzeit
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAT	Bundes-Angestellentarif
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil 1
Bil. Pos.	Bilanzposition
BPflV	Bundespflugesatzverordnung (n. F.)
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
DRG	Diagnosis Related Groups
EFoG	Versorgungsfondsgesetz
EFQM	European Foundation for Quality Management
EUGH	Europäischer Gerichtshof
FPG	Fallpauschalengesetz
gem.	gemäß
GemKHBVO	Gemeindekrankenhausbetriebsverordnung (n. F.)
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
i. H. v.	in Höhe von
i. V.	in Vertretung
JUMI	Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
KHBV	Krankenhausbuchführungsverordnung
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz (n. F.)
KHG NRW	Krankenhausgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
KIS	Krankenhausinformationssystem
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KTQ	Kooperation für Transparenz und Qualität im Krankenhaus
LKA	Leistungs- und Kalkulationsaufstellung
LVR	Landschaftsverband Rheinland
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MFJFG	Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen
MRVG	Maßregelvollzugsgesetz
n. F.	neueste Fassung
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
PBV	Pflegebuchführungsverordnung
PflegeVG	Pflege-Versicherungsgesetz
Pos.	Position
Psych-KG	Gesetz zur Unterbringung psychisch Kranker
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
rd.	rund
RHPH	Rheinisches Heilpädagogisches Heim
RZVK	Rheinische Zusatzversorgungskasse
TV ATZ	Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit
Vj.	Vorjahr
z. B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer(n)
z. T.	zum Teil
z. Z.	zur Zeit

Bilanz **zum 31. Dezember 2005**

A k t i v a	2005 EUR	2004 EUR	P a s s i v a	2005 EUR	2004 EUR
B. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen	254.827,91	280.683,68	1. Festgesetztes Kapital	1.357.063,80	1.100.922,42
II. Sachanlagen			3. Gewinnrücklagen		
1. Grundstücke mit Betriebsbauten	16.400.867,75	14.171.460,60	c) freie Gewinnrücklage	227.793,72	227.793,72
2. Grundstücke mit Wohnbauten	741.240,70	790.649,87	4. Gewinnvortrag	416.183,33	402.372,52
4. technische Anlagen	639.272,70	361.909,88	5. Jahresüberschuss	15.451,97	13.810,81
5. Einrichtungen und Ausstattungen	1.298.858,69	1.384.829,55		<u>2.016.492,82</u>	<u>1.744.899,47</u>
6. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	242.833,48	636.850,43			
	<u>19.323.073,32</u>	<u>17.345.700,33</u>	B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		
	<u>19.577.901,23</u>	<u>17.626.384,01</u>	1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	4.394.935,42	4.290.071,03
			2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	14.515.700,25	12.885.080,89
				<u>18.910.635,67</u>	<u>17.175.151,92</u>
C. Umlaufvermögen			C. Rückstellungen		
I. Vorräte			1. Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen	252.963,00	223.900,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	613.626,09	582.847,51	3. sonstige Rückstellungen	7.478.998,21	8.327.579,71
	<u>613.626,09</u>	<u>582.847,51</u>		<u>7.731.961,21</u>	<u>8.551.479,71</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			D. Verbindlichkeiten		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.186.005,14	10.001.370,96	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	866.182,57	880.061,53
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (Vorjahr EUR 0,00)			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 866.182,57 (Vorjahr EUR 880.061,53)		
2. Forderungen an den Krankenhausträger	1.326.678,03	3.307.438,67	5. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger	2.437.762,36	2.395.802,65
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (Vorjahr EUR 0,00)			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 2.437.762,36 (Vorjahr EUR 2.395.802,65)		
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	1.500.000,00	1.858.321,00	6. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	2.083.152,79	2.085.132,22
- davon nach der BPfIV EUR 0,00 (Vorjahr EUR 174.321,00)			- davon nach der BPfIV EUR 51.341,00 (Vorjahr EUR 0,00)		
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 464.000 (Vorjahr EUR 0,00)			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.619.152,79 (Vorjahr EUR 2.085.132,22)		
6. Sonstige Vermögensgegenstände	8.116.521,98	1.297.031,19	7. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	7.877.252,41	1.421.085,43
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 6.082.000 (Vorjahr EUR 0,00)			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.795.252,41 (Vorjahr EUR 1.421.085,43)		
	<u>22.129.205,15</u>	<u>16.464.161,82</u>	10. sonstige Verbindlichkeiten	538.707,48	463.975,05
	<u>22.129.205,15</u>	<u>16.464.161,82</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 538.707,48 (Vorjahr EUR 463.975,05)		
IV. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	194.732,91	95.027,06		<u>13.803.057,61</u>	<u>7.246.056,88</u>
	<u>22.937.564,15</u>	<u>17.142.036,39</u>			
E. Rechnungsabgrenzungsposten			F. Rechnungsabgrenzungsposten		
2. andere Abgrenzungsposten	2.475,00	6.049,42		55.793,07	56.881,84
	<u>42.517.940,38</u>	<u>34.774.469,82</u>		<u>42.517.940,38</u>	<u>34.774.469,82</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

	2005 EUR	2004 EUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	41.592.008,38	40.291.365,04
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.473.235,22	1.308.973,47
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	36.789,07	34.198,54
6. andere aktivierte Eigenleistungen	12.340,99	19.718,41
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.006.045,75	615.502,81
8. sonstige betriebliche Erträge	5.651.260,94	5.298.800,22
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre EUR 0,00 (Vorjahr EUR 0,00)		
	<u>49.771.680,35</u>	<u>47.568.558,49</u>
9. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	27.973.153,87	27.082.660,84
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.653.594,78	8.214.909,76
- davon für Altersversorgung EUR 2.914.132,50 (Vorjahr EUR 2.486.787,51)		
10. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.290.600,86	5.150.693,88
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.925.669,58	1.464.598,05
	<u>43.843.019,09</u>	<u>41.912.862,53</u>
Zwischenergebnis	<u>5.928.661,26</u>	<u>5.655.695,96</u>
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	9.738.730,13	1.547.168,64
- davon Fördermittel nach dem KHG EUR 650.665,40 (Vorjahr EUR 650.665,40)		
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.786.526,79	1.717.166,34
15. Aufwendungen aus der Zuführung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlage- vermögens	9.974.601,92	1.545.380,34
18. Aufwendungen für nach dem KHG geförderte, nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	220.761,79	57.012,33
	<u>1.329.893,21</u>	<u>1.661.942,31</u>
20. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.501.881,04	1.658.774,92
21. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.677.686,03	5.574.665,39
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre EUR 0,00 (Vorjahr EUR 0,00)		
	<u>7.179.567,07</u>	<u>7.233.440,31</u>
Zwischenergebnis	<u>78.987,40</u>	<u>84.197,96</u>
24. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.860,46	8.149,82
26. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	60.237,93	66.767,96
	<u>-51.377,47</u>	<u>-58.618,14</u>
27. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	27.609,93	25.579,82
31. Steuern	12.157,96	11.769,01
32. Jahresüberschuss	<u>15.451,97</u>	<u>13.810,81</u>

Anlagennachweis

	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Restbuchwert zum 31.12.2005
	Anfangsbestand zum 01.01.2005	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endbestand zum 31.12.2005	Anfangsbestand zum 01.01.2005	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Entnahme für Abgänge	Endbestand zum 31.12.2005	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
B. I. Immaterielle Vermögens- gegenstände und dafür geleistete Anzahlungen	472.289,62	13.504,35	0,00	0,00	485.793,97	191.605,94	39.360,12	0,00	0,00	230.966,06	254.827,91
B.II. Sachanlagen											
1. Grundstücke mit Betriebsbauten	28.616.145,02	2.438.870,61	469.030,24	6.161,26	31.517.884,61	14.444.684,42	676.029,56	0,00	3.697,12	15.117.016,86	16.400.867,75
2. Grundstücke mit Wohnbauten	2.487.252,10	0,00	0,00	0,00	2.487.252,10	1.696.602,23	49.409,17	0,00	0,00	1.746.011,40	741.240,70
3. Grundstücke ohne Bauten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. technische Anlagen	9.386.617,63	272.486,52	76.806,84	0,00	9.735.910,99	9.024.707,75	71.930,54	0,00	0,00	9.096.638,29	639.272,70
5. Einrichtungen und Ausstattungen	7.880.024,78	638.269,72	0,00	363.522,21	8.154.772,29	6.495.195,23	665.151,65	0,00	304.433,28	6.855.913,60	1.298.858,69
6. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	636.850,43	177.384,72	-545.837,08	25.564,59	242.833,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	242.833,48
	49.006.889,96	3.527.011,57	0,00	395.248,06	52.138.653,47	31.661.189,63	1.462.520,92	0,00	308.130,40	32.815.580,15	19.323.073,32
	49.479.179,58	3.540.515,92	0,00	395.248,06	52.624.447,44	31.852.795,57	1.501.881,04	0,00	308.130,40	33.046.546,21	19.577.901,23

Anhang zum Jahresabschluss vom 01. Januar bis 31. Dezember 2005

I. Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) in Verbindung mit den einschlägigen Bestimmungen des HGB als Jahresabschluss nach KHG aufgestellt.

Für den Pflegeheimbereich wurde gem. § 4 Abs. 3 Nr. 2 PBV eine nach Anlage 2 der PBV gegliederte GuV erstellt.

Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgte nach den Vorschriften der KHBV und wurde gem. § 265 Abs. 5 HGB in Verbindung mit der KHBV erweitert.

In der Bilanz sowie in der Gewinn- und Verlustrechnung wurden in 2005 die Zuordnungen zu einzelnen Bilanz- bzw. Gewinn- und Verlustrechnungspositionen geändert. Damit die Vorjahreswerte vergleichbar sind, wurden die Werte für 2004 entsprechend angepasst.

Die Bilanzsumme für das Jahr 2004 hat sich auf Grund der neuen Zuordnungen um EUR 1.201.891,47 auf EUR 34.774.469,82 verringert. Der Jahresüberschuss in 2004 ist unverändert geblieben.

In der Bilanz erfolgte eine Änderung der Zuordnung bei fünf Positionen, bei der Gewinn- und Verlustrechnung wurden zwei Positionen angesprochen.

Beträge aus Abrechnungskonten (Geldfluss) i. H. v. EUR 1.098.505,76, die in „Forderungen an den Krankenhausträger“ ausgewiesen wurden, wurden aus Gründen der Vereinfachung mit Abrechnungskonten aus „Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger“ aufgerechnet und in 2005 als „Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger“ ausgewiesen.

Überbrückungsgelder forensischer Patienten i. H. v. EUR 103.385,71, die bisher unter „Sonstige Vermögensgegenstände“ und „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen wurden, werden ab 2005 als Durchlaufposten betragsmäßig nicht in der Bilanzsumme enthalten sein.

Verbindlichkeiten aus Zuschüssen des Krankenhausträgers zu Instandhaltungsmaßnahmen i. H. v. EUR 680.108,88 waren bisher in den „Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens“ enthalten. Ab 2005 werden sie unter den „Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger“ ausgewiesen, da es sich um Ausgaben für laufenden Aufwand und nicht für Investitionen handelt.

Ebenso wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung verfahren. Hier wurden diese Erträge i. H. v. EUR 16.188,59 aus den „Erträgen aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen“ in die „Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand“ umgegliedert.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, verrechnet über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, bewertet.

Das Sachanlagevermögen ist mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet. Der Abnutzung wird durch planmäßige lineare Abschreibungen (monatsgenau) über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer Rechnung getragen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr des Zuganges in voller Höhe abgeschrieben. Für die Abgangsbuchung wird ein Ausscheiden im Folgejahr unterstellt.

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgt zu Anschaffungskosten (bei den maschinell geführten als durchschnittlicher Anschaffungswert, bei den manuell erfassten zum letzten Einkaufswert).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert, unter Abzug gebotener Wertberichtigungen, angesetzt. Forderungen gegenüber dem LVR in seiner Funktion als Kostenträger (Sozialleistungsträger) sind hier enthalten.

Fördermittel nach dem KHG sowie Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand werden als Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens, vermindert um den Betrag der bis zum 31.12.2005 auf die entsprechend finanzierten Vermögensgegenstände angefallenen Abschreibungen, ausgewiesen.

Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 6% und der Richttafel 2005 G. Die nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB nicht bilanzierte Rückstellung für vor dem 01.01.1987 erteilte Pensionszusagen oder Anwartschaften beträgt EUR 6.822.821,00.

Bei den Rheinischen Kliniken bestehen über die Rheinische Zusatzversorgungskasse (RZVK), Köln, mittelbare Pensionsverpflichtungen gegenüber den Angestellten. Die Ausgestaltung der einzelnen Versorgungszusagen richtet sich nach der Satzung der RZVK. Das System ist umlagefinanziert. Der Gesamtbetrag der umlagepflichtigen Gehälter betrug im Berichtsjahr EUR 25.996.410,38. Der Umlagesatz und seine voraussichtliche Entwicklung stellen sich wie folgt dar:

- 2005 4,25% Umlage +2,5% Sanierungsgeld

Über die weitere Ausgestaltung der Finanzierung ab dem Jahr 2006 kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden.

Der Wertansatz der sonstigen Rückstellungen berücksichtigt alle erkennbaren Risiken auf der Grundlage vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung. Vom Ansatzwahlrecht für Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung wurde Gebrauch gemacht.

Die Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen (EUR 115.009,60) wurde mittels einer Barwertermittlung unter Zugrundelegung der durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bekannt gegebenen Kopfschadenstatistiken für 2005 (Stationärartarif Zweibettzimmer sowie Zahnheilbehandlung und Zahnersatz, Beihilfeberechtigte, ohne altersabhängige Dynamisierung) und einem Zinssatz von 5,5 % gebildet. Bei Zugrundelegung eines 5-Jahresdurchschnittsatzes über alle Rheinischen Kliniken ergäbe sich für die Rheinischen Kliniken Langenfeld ein Rückstellungswert von EUR 480.247,20.

Bei der Ermittlung der Jubiläumsrückstellung wurden die nach TVöD zu zahlenden Beträge zuzüglich eines Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung (war bisher nicht enthalten) berücksichtigt. Die Ermittlung des Durchschnittswertes für einen zusätzlich zu gewährenden Urlaubstag erfolgte auf der Basis von 220 (bisher 250) Arbeitstagen. Im Vergleich zur bisherigen Bewertung ergibt sich eine um TEUR 23 höhere Rückstellung.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

III. Anlagennachweis

Die Aufgliederung und Entwicklung des Anlagevermögens sind dem beigefügten Anlagennachweis zu entnehmen.

IV. Sonstige Angaben

Der Betriebsleitung gehören an:

Ärztlicher Direktor:	Dr. Matthias Leipert (bis 31.08.2005)
Kommissarischer Ärztlicher Direktor:	Hartmut Belitz (ab 01.09.2005)
Pflegedirektor:	Rudolf Styrnal
Kaufmännischer Direktor:	Holger Höhmann

Dem Krankenhausausschuss Nr. 2 gehören in der 12. Wahlperiode an:

CDU

Schiefer, Ursula (Vorsitzende)
(Hausfrau)
Bartsch, Hans-Werner
(Dipl.-Ing.)
Jüttner, Therese
(Kindergärtnerin)
Lipschitz, Julia
(Hausfrau)
Loepp, Helga
(Industriekauffrau)
Rohde, Klaus
(Sonderschulrektor)
Stricker, Günter
(Immobilienwirt)

CDU

Dünner, Johannes
(Jurist)
Ensmann, Bernhard
(Vermessungstechniker)
Herbrecht, Wilhelm
(Ltd. Diakon i. R.)
Hohmann, Elke
(Kfm. Angestellte)
Kühme, Karl-Friedrich
(Sonderschulrektor)
Schoser, Dr. Martin
(Dipl. Kaufmann)
Tondorf, Bernd
(Sonderschulrektor)

SPD

Benninghaus, Walburga
(Dipl.-Sozialpädagogin)
Ciesla-Baier, Dietmar
(Verkehrsfachwirt)
Daun, Dorothee
(Richterin)
Mahler, Ursula
(Hausfrau)

SPD

Keil, Karl-Josef
(Rentner)
Rolle, Dr. Jürgen
(Institutsleiter)
Schmerbach, Cornelia
(Geschäftsführerin)
Schnitzler, Stephan
(Dipl.-Sozialwissenschaftler)

Ophelders, Heinz Peter
(Fachberater Finanzdienstleistungen)

Fiedler, Susanne *
(Dipl.-Archivarin)
Schmidt-Zadel, Regina *
(Sozialarbeiterin)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Heimes, Barbara (stellv. Vorsitzende)
(Dir.-Schr./Assistentin i. R.)
Asch, Andrea Ursula
(Dipl.-Psychologin)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Peil, Stefan
(Dipl.-Sozialarbeiter)
Zsack-Möllmann, Martina *
(Geschäftsführerin)

FDP

Vogel, Ilse
(Hausfrau)
Wirtz, Robert *
(Oberkreisdirektor a.D.)

FDP

Pankatz, Horst
(Oberförster i. R.)
Passmann, Bernd
(Vertreter)
Daniel, Sven *
(Abteilungsleiter Personal)

* = Sachkundiger Bürger

Das Krankenhaus beschäftigte 2005 durchschnittlich 4 Beamte und 808 Beschäftigte. Die Zahl der Auszubildenden lag bei 63 und der Zivildienstleistenden bei 20.

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2005 gewährten Gesamtbezüge der Betriebsleitung betrugen EUR 317.069,45.

Die Gesamtbezüge für frühere Mitglieder der Betriebsleitung oder ihre Hinterbliebenen betrugen EUR 129.387,09.

Der Krankenhausausschuss erhielt für seine Tätigkeit von der Klinik eine Gesamtvergütung von EUR 3.600,00.

Langenfeld, 30. April 2006

Die Krankenhausbetriebsleitung


(Hartmut Belitz)
Kommissarischer
Ärztlicher Direktor


(Rudolf Styrnal)
Pflegedirektor


(Holger Höhmann)
Kaufmännischer Direktor

RHEINISCHE KLINIKEN LANGENFELD

Fachklinik für Psychiatrie, Neurologie und Psychotherapie

Kölner Straße 82,
40764 Langenfeld,
Telefon 02173 / 102 – 0
Telefax 02173/ 102–1990

Internethomepage: <http://www.rk-langenfeld.de>

E-mail: rk-langenfeld@lvr.de